

A14-Ausbau kostet eine Milliarde Euro

Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die angestrebten Klagen des BUND zur Nordverlängerung der A14 berechtigt. "Naturschutzgesetze gelten auch für Landesfürsten", so der Landesvorsitzende Christoph Erdmenger. "Doch ökonomische Bedenken gegen den Autobahnbau wiegen für uns schwerer als die juristischen Fragen."

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schätzen die Gesamtkosten auf deutlich über eine Milliarde Euro. "Veranschlagt sind 775 Millionen Euro. Kein Projekt dieser Art bleibt in seinem vorgegebenen Etat", so Erdmenger. Sachsen-Anhalt werde nicht nur den Löwenanteil der 227 Millionen Euro Landesmittel übernehmen müssen. Darüber hinaus würden die verwendeten Bundes- und EU-Mittel auch nicht für andere Projekte zur Verfügung stehen. Zudem enthalten diese Zahlen noch nicht die Unterhaltskosten für die neue Autobahn. "Auch diese dürften im zweistelligen Millionbereich liegen", schätzt Erdmenger.

Schon heute haben die drei Bundesländer Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern pro Kopf am meisten Fernstraßen aller Bundesländer. "Wer soll den Schuldendienst und den Unterhalt all dieser Straßen bezahlen, während unsere Bevölkerung zurückgeht?", fragt Erdmenger. Es werde deutlich, wo die Landesregierung nach wie vor ihren Schwerpunkt setze - im Straßenbau. "Das Geld wäre besser im öffentlichen Nahverkehr angelegt: Für Busse und Straßenbahnen gibt Sachsen-Anhalt pro Jahr nur 40 Millionen Euro aus, also etwa soviel, wie der Autobahnbau allein an Landeszuschüssen von 2009-2015 verschlingen wird."